

sprechender Anweisungen eingefroren werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, in Chinese 1.1.94, nach SWB 26.1.94) -schü-

*(34)

Versicherungsindustrie verzeichnet hohe Zuwachsrate

Die Volksversicherungsgesellschaft (People's Insurance Company of China oder PICC), die mit 98% im Versicherungssektor eine Monopolstellung einnimmt, konnte 1993 eine Einnahmesteigerung um 36,1% auf 49,8 Mrd. Yuan realisieren. Hieran waren die Zunahme der Versicherungsprämien um 32,3% auf 26,1 Mrd. Yuan sowie die Ausweitung des Pensionsfonds um 38,8% auf 23,6 Mrd. Yuan beteiligt. Im letzten Jahr beliefen sich die Versicherungsansprüche und Pensionszahlungen auf insgesamt 27,1 Mrd. Yuan.

Die Zahl der Unternehmen, die eine Sachversicherung bei der PICC abgeschlossen haben, erhöhte sich auf rd. 700.000. Mehr als 100 Mio. Haushalte sollen bei der PICC eine Sachversicherung haben; ca. 30 Mio. Hektar Ackerland werden durch eine spezielle Versicherung erfaßt. Im inländischen Markt ist die PICC mit 115.000 Agenturen vertreten und hat in Hongkong (China Insurance Hongkong [Group] Company) und in Großbritannien (China Insurance U.K. Holdings Company) zwei Niederlassungen eröffnet.

Die PICC hat inzwischen ein System der Rückversicherung eingeführt, das den Niederlassungen vorgibt, 20% ihrer Versicherungseinnahmen bei der PICC-Zentrale zu hinterlegen. Vorgesehen ist auch eine Aufteilung der Versicherungsgeschäfte in solche, die auf politischen Vorgaben basieren, z.B. die Exportkreditversicherung und die Landwirtschaftsversicherung, sowie in rein kommerzielle Versicherungsgeschäfte.

Für das Jahr 1994 bestehen Pläne zum Aufbau spezieller Versicherungszweige. Im inländischen Versicherungsgeschäft will PICC verstärkt Sachversicherungen für Unternehmen, Cargo- und Haftpflichtversicherungen anbieten. Auch die auf den außenwirtschaftlichen Bereich bezogenen Versicherungen außerhalb von Seetransportversicherungen sowie Versicherungen des Flugpersonals der Luft-

fahrtgesellschaften sollen weiter entwickelt werden. Vorgesehen ist auch die größere Teilnahme am ausländischen Versicherungsmarkt durch eine höhere Zahl von Niederlassungen der PICC im Ausland. (XNA, 11.1.94)

Auch in diesem Sektor scheint die taiwanesishe Erfahrung von Interesse zu sein, denn Mitte Januar reiste eine 20köpfige Gruppe unter der Leitung des PICC-Präsidenten, Li Yumin, zu einem Symposium zu Fragen des Aufbaus einer Versicherungsindustrie nach Taiwan. (XNA, 18.1.94)

Mit Blick auf die Reform des sozialen Sicherungssystems, in dessen Mittelpunkt der Aufbau einer betriebsunabhängigen Alters-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung steht, ist eine schnelle Entwicklung der Versicherungsindustrie auch erforderlich. Auf einer Tagung der PICC Mitte Januar d.J. wurde u.a. darauf hingewiesen, daß die Altersversicherung im wesentlichen städtische Beschäftigte einschließt. Die Versicherungsprämien sollen in Abhängigkeit vom Einkommen berechnet und anteilig von den Beschäftigten und Unternehmen auf ein individuelles Versicherungskonto des Versicherten eingezahlt werden. Bei der Krankenversicherung sollen die Ausgaben der staatseigenen Unternehmen und Verwaltungen im Rahmen des derzeitigen Krankenversicherungssystems auf einen Sozialversicherungsfonds für die Deckung der Kosten einer Behandlung bei schweren Krankheiten und auf einen Fonds für allgemeine medizinische Versorgung aufgeteilt werden. Ferner ist beabsichtigt, in die Arbeitslosenversicherung neben Beschäftigten staatseigener Unternehmen auch Arbeitskräfte kollektiv- und privateigener Betriebe sowie Beschäftigte aus Joint Venture-Unternehmen einzubeziehen.

Derzeit hätten lediglich rd. 30% der Gesamtbeschäftigten Anspruch auf Leistungen der sozialen Sicherung, insbesondere Beschäftigte staatseigener Unternehmen und Verwaltungen sowie besonders Bedürftige. Die Mittel für die sozialen Sicherungssysteme würden vor allem durch den Staat und die staatseigenen Unternehmen aufgebracht. Aufgrund des wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus könne China auch keine höheren Ausgaben für die soziale Wohlfahrt bieten, sondern müsse durch die Erhebung von individuellen Versicherungsbeiträgen die

Belastung von Staat und Unternehmen reduzieren. Die soziale Absicherung von alten Menschen in den ländlichen Gebieten müsse weiterhin durch Unterstützung innerhalb der Familien erfolgen -schü-

Taiwan

*(35)

Unterbindung neuer Waffenlieferungen Frankreichs an Taiwan

Unter dem Druck von Beijing hat Paris schließlich eingelenkt, in Zukunft keine neuen französischen Waffenlieferungen an Taiwan zu genehmigen. Wie berichtet (C.a. Nov. 1992, Ü 42), hatte die französische Regierung im November 1992 trotz scharfer Proteste aus Beijing die Lieferung von 60 Jagdflugzeugen des Typs Mirage 2000-5 sowie 1.500 MICA- und Magic-2-Raketen im Gesamtwert von 3,5 Mrd. US\$ an Taiwan gebilligt. Als Vergeltungsmaßnahme ordnete Beijing die Schließung des französischen Generalkonsulats in Guangzhou (Kanton) an und schloß französische Unternehmen von der Beteiligung am U-Bahn-Bauprojekt der Stadt (Kosten: 1 Mrd. US\$) aus. Die sino-französischen Beziehungen sanken daraufhin auf einen Tiefpunkt.

Als das Waffengeschäft mit Taiwan zustandekam, waren in der französischen Regierung die Sozialisten an der Macht. Die im März 1993 neugewählte bürgerliche Regierung unter Premierminister Edouard Balladur bemühte sich angesichts des Nachteils für französische Unternehmen auf dem expandierenden chinesischen Markt um eine Verbesserung der Beziehungen zu Beijing. Sie wurde eingeleitet durch zwei Missionen des Wirtschaftsberaters von Balladur, Jacques Friedmann, im Juli und Dezember desselben Jahres. Die chinesische Regierung verlangte von Paris, die Lieferverträge der Mirage-Kampfflugzeuge mit Taiwan zu annullieren, und die Franzosen sollten sich verpflichten, künftig keine neuen Waffenlieferungen mehr an Taiwan zu billigen. Schließlich kam eine Einigung zustande, nachdem Paris auch die "Taiwan-Klausel" Beijings im gemeinsamen Kommuniqué vom 12. Januar 1994 akzeptiert hatte, laut der Beijing

"die einzige legitime Regierung von China und Taiwan ein unveräußerlicher Teil des chinesischen Territoriums" ist. Ein Besuch von Premierminister Balladur in China ist für die nächste Zeit geplant. Die chinesische Seite begrüßt im Kommuniqué die gleichberechtigte Beteiligung französischer Unternehmen am Wettbewerb auf dem chinesischen Markt.

Während der französische Außenminister Alain Juppé öffentlich die unangenehme "Erbschaft" der Chinapolitik der sozialistischen Regierung bedauerte, kritisierte sein Kabinettskollege, Verteidigungsminister Francois Leonard, die "unterschiedliche Behandlung" Frankreichs durch China im Vergleich zu den USA, die es nie nötig gehabt hätten, sich zu verpflichten, kein militärisches Material mehr an Taiwan zu verkaufen. Frankreich werde die Lieferung von 300 Panzerfahrzeugen und "nichtoffensivem" Material an Taiwan fortsetzen. Darüber hinaus hat Paris Taiwan verständigt, daß die alten Verträge nicht beeinflußt seien. Neben den 60 Mirage-Kampfflugzeugen hatte die französische Regierung 1991 noch die Lieferung von sechs Fregatten der Lafayette-Klasse im Wert von 2 Mrd.US\$ genehmigt. Französische Unternehmen glauben, mindestens noch "defensive Waffen" im Wert von 100 Mrd.F (16,9 Mrd.US\$) an Taiwan verkaufen zu können. (ZYRB, 14.-16.1.94; LHB, CP, 13.-14.1.94; ZZ, 21.1.94; DGB, 14.1.94; NZZ, SZ, 14.1.94) -ni-

*(36)

"Urlaubsdiplomatie" von Ministerpräsident Lian

Vom 30. Dezember 93 bis 5. Januar 94 besuchte Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) Malaysia und Singapur, die beide keine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, jedoch zur VR China unterhalten. Im Hinblick auf die Reaktion von Beijing, das von seinem Anspruch auf Alleinvertretung für ganz China ausgehend Taiwan international isolieren will, wurde Lian formell als "privater Urlauber" empfangen. In seiner Begleitung waren neben seiner Frau zahlreiche hohe Regierungsmitglieder wie Xiao Wanchang (Vincent Siew), Vorsitzender des Rats für Wirtschaftsplanung und Entwicklung des Exekutiv Yuan (Kabinetts), Regierungssprecher Hu Zhiqiang (Jason C. Hu)

und Vizeaußenminister Fang Jinyan (Fang Chin-yen). Die Gespräche wurden auf höchster Ebene geführt.

Bei seiner Begegnung mit dem malaysischen Ministerpräsidenten Mahathir bin Mohamad unterstützte Lian die von Mahathir Ende 1990 vorgeschlagene Bildung eines ostasiatischen regionalen Wirtschaftsverbands "East Asian Economic Caucus". Malaysia ist der fünftgrößte Handelspartner Taiwans, während Taiwan an zweiter Stelle der ausländischen Investoren in Malaysia steht. Bis Ende 1993 beliefen sich die taiwanesischen Investitionen dort auf 5,624 Mrd.US\$.

Während Malaysia den Besuch Lians in der Öffentlichkeit kaum erwähnte, wurde er in Singapur keineswegs von den Reportern abgeschirmt. Bei seinen Gesprächen mit dem Premierminister des Stadtstaats, Goh Chok Tong, ging es u.a. um gemeinsame Investitionen in der südchinesischen Inselprovinz Hainan zur Erschließung von Gas, Öl, Mineralien und Tourismus. Außerdem wurde er von Singapurs Präsident Ong Teng Cheong und dem früheren Premierminister Lee Kuan Yew empfangen. (FCJ, 7.1.94; ZZ, 14.1.94; LHB, CP, 31.12.94-6.1.94; ZYRB, 1.-7.1.94) Ende 1990 hatte Lians Vorgänger, der damalige Ministerpräsident Hao Bocun (Hau Pei-tsun), schon einmal einen "politischen Urlaub" in Singapur gemacht (C.a. Januar 1991, Ü 31).

Vom 24. Januar bis 1. Februar unternahm Ministerpräsident Lian außerdem eine Reise nach Mittelamerika. Dabei handelte es sich nicht um "privaten Urlaub", sondern um einen offiziellen Besuch, er war zu den Amtsantrittsfeierlichkeiten des neuen Präsidenten von Honduras, Carlos Roberto Reina, am 27. Januar eingeladen. Als Geschenk brachte er einen Kredit von 13 Mio.US\$ sowie weitere Projekte zur Wirtschaftszusammenarbeit mit.

Auf der Hinreise traf er bei einem kurzen Zwischenaufenthalt in Los Angeles mit dem früheren US-Präsidenten Ronald Reagan zusammen. Wie es heißt, soll er auf der Rückreise einen zweitägigen Stop in San Francisco geplant haben. Washington, das diplomatische Beziehungen mit Beijing, aber nicht mit Taipei unterhält, habe jedoch - um nicht den Eindruck einer "Urlaubs-Diplomatie" zu erwecken - Ministerpräsident Lian nur einen Tag Auf-

enthalt genehmigt, woraufhin er kurzfristig seinen Reiseplan habe ändern müssen. Als Ersatzprogramm stattete er am 28. Januar dem karibischen Inselstaat Bahamas einen eintägigen offiziellen Besuch ab. (ZYRB, LHB, CP, 27.-30.1.94)

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums in Beijing, Wu Jianmin, verurteilte am 12. Januar vor der Presse scharf Taiwans "Urlaubs-Diplomatie", die auf eine Politik der "zwei chinesischen Staaten" bzw. "einem China und einem Taiwan" abziele (DGB, 15.1.94). -ni-

*(37)

Diplomatische Beziehungen zu Lesotho wieder abgebrochen

Das Taipeier Außenministerium "suspendierte" am 12. Februar die diplomatischen Beziehungen zu Lesotho, nachdem das Königreich im südlichen Afrika offiziell die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing und gleichzeitig den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Taiwan bekanntgegeben hatte (LHB und CP, 13.2.94).

Dies ist die dritte Kehrtwendung Lesothos in seiner Chinapolitik. Zum ersten Mal hatte es 1966 diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen. Im Mai 1983 wurden sie abgebrochen, nachdem Lesotho Beijing als "die einzige legitime Regierung Chinas" und Taiwan als "den unveräußerlichen Teil der Volksrepublik China" anerkannt hatte. (C.a. Mai 1983, Ü 46) Anfang 1990 nahm es die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan wieder auf, woraufhin Beijing seine Beziehungen zu Lesotho "suspendierte" (C.a. April 1990, Ü 39). Ende März 1993 fanden in Lesotho nach einer Verfassungsänderung Parlamentswahlen statt, bei denen die Basotho Congress Party (BCP), die 27 Jahre lang in der Opposition war und enge Kontakte mit Beijing pflegte, siegte. Die neue Regierung kündigte gleich nach ihrer Bildung die baldige Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China als einem der fünf ständigen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats an. Taiwan versuchte vergebens, Lesotho zur Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen zu überreden. Im November 1993 wies die neue BCP-Regierung Taiwans Botschafter sowie zwei seiner

Mitarbeiter unter der Anschuldigung der Bestechung aus. Am 30. Dezember 1993 unterzeichneten die Regierungen Lesothos und der VR China ein gemeinsames Kommuniqué zur Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, das am 12. Februar offiziell bekanntgegeben wurde. In dem Dokument erklärte Lesotho erneut, die Regierung der VR China als die "einzige legitime Regierung Chinas und Taiwan als einen unveräußerlichen Teil Chinas" anzuerkennen. (DGB, 14.1.94)

Taipei und Beijing werfen sich gegenseitig vor, "Gelddiplomatie" zu betreiben. Neben Lesotho übten - und üben - auch zahlreiche andere arme afrikanische Staaten eine "Pendel-Chinapolitik" aus, um Wirtschaftshilfe von beiden chinesischen Seiten zu bekommen. Taiwan hat nach eigenen Angaben Lesotho Entwicklungshilfe für ein "Lebensmittel-Autarkie"-Programm gegeben und spendete im letzten Jahr darüber hinaus noch 1 Mio.US\$ für Dürreschäden. Zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen war Taiwan auch zu weiterer Hilfe bereit, doch all dies hat die Entscheidung der neuen Regierung von Lesotho nicht beeinflusst. Nach der "Suspendierung" der offiziellen Beziehungen zog Taiwan sein Team für landwirtschaftliche Entwicklung aus Lesotho zurück. Einer Meldung der LHB (13.1.94) zufolge hatte Beijing 1983 Lesotho für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein Darlehen in Höhe von 5 Mio. US\$ gewährt. Auch im neuen Kommuniqué zur Wiederaufnahme der Beziehungen verspricht die VR China Lesotho Unterstützung bei der Wirtschaftsentwicklung.

Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Lesotho unterhält Taiwan noch sieben Botschaften in Afrika, nämlich in Guinea-Bissau, Liberia, Malawi, Niger, Südafrika, Swasiland und Zentralafrikanischer Republik. Von diesen Staaten betreibt insbesondere Liberia z.Z. eine dubiose Chinapolitik. Wie berichtet (C.a. August 1993, Ü 37, und Sept. 1993, Ü 34), hatte die amtliche chinesische Presseagentur Xinhua am 10. August 1993 gemeldet, daß die provisorische Regierung von Liberia diplomatische Beziehungen zur VR China wieder aufgenommen und zugleich die zu Taiwan abgebrochen habe. Taiwan erklärte jedoch, von Liberia keine diesbezügliche Mitteilung bekommen zu haben.

Es wurde gemeldet, daß auch Südafrika seine Chinapolitik ändern wolle. Andererseits soll es einige afrikanische

Staaten geben, die im Hinblick auf Wirtschaftshilfe von Taiwan an einer Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Taipei interessiert sind. -ni-

*(38)

Verluste der Regierungspartei bei Kommunalwahlen

Am 29. Januar fanden Kommunalwahlen in der Provinz Taiwan (also ohne die provinzfremen Städte Taipei und Kaohsiung) statt. Offiziellen Angaben des Wahlkomitees zufolge errang die Regierungspartei Kuomintang (KMT) 214 der 309 Ämter der Gemeindevorsteher (Xiangzhang und Zhenzhang) und Bürgermeister der kreisfreien Städte, 49 weniger als vor vier Jahren, während die größte Oppositionspartei Democratic Progressive Party (DPP) 22 Ämter gewann, 16 mehr als vor vier Jahren; 73 Sitze gingen an Parteiunabhängige. Von den 858 neugewählten Abgeordneten der 16 Kreistage entfielen 516 (-72) auf die KMT, 92 (+43) auf die DPP und 242 (+37) auf Unabhängige. Die erst vor einem halben Jahr gegründete Chinese New Party (CNP) konnte ebenfalls 8 Sitze für sich verbuchen.

Bei Kommunalwahlen ist nicht die große Parteipolitik ausschlaggebend. Entscheidende Faktoren sind eher die Finanzkraft und gesellschaftliche Beziehungen der einzelnen Kandidaten. Da die Wahlbezirke relativ klein sind, kann hier Stimmenkauf besonders effektiv eingesetzt werden - so läßt sich erklären, warum so viele parteilose Kandidaten gewählt wurden. Bei den Oppositionsparteien DPP und CNP, die ihre Basis vorwiegend in Ballungsgebieten haben, gibt es nur wenige kommunale Politiker in den ländlichen Regionen.

Die KMT hat nach eigenen Angaben 254 der 309 Gemeindevorsteher- und Bürgermeister-Ämter und 578 der 858 Kreistagssitze der Provinz Taiwan gewonnen. Ein Teil von ihnen war ursprünglich nicht von der Partei nominiert, sondern als parteilose Kandidaten aufgestellt worden.

Auf den zwei Frontinseln Kinmen (Jinmen, Quemoy) und Matsu (Mazu), die zur Provinz Fujian (Fukien) gehören, aber immer noch der KMT-Regierung in Taiwan unterstellt sind, konnte die KMT alle 10 zur Wahl stehenden Ämter und 24 der 25 Kreistagssitze gewinnen, ein Abgeordneten-sitz ging an Parteiunabhängige.

Obwohl Kommunalwahlen politisch eigentlich ohne größere Bedeutung sind, war die Wahlbeteiligung recht hoch - 73% in der Provinz Taiwan und 80% auf den Frontinseln - und der Wahlkampf hitzig: Neben dem Kauf von Stimmen gab es diesmal auch Gewalttätigkeiten und Schießereien, es wurden ein Toter und 17 Verletzte gemeldet. (LHB, 30.1.94; ZYRB, CP, 31.1.94; ZZ, FCJ, 4.2.94) -ni-

Hongkong und Macao

*(39)

Verhärtung der sino-britischen Auseinandersetzungen über Hongkong

Nach dem Festfahren der sino-britischen Verhandlungen über Hongkongs Wahlreform vor der Rückgabe der Kronkolonie an China 1997 (siehe C.a. 1993/12, Ü 36) entflammte der Streit über die Baufinanzierung des neuen internationalen Flughafens (Kostenpunkt über 20 Mrd.US\$), deren Tilgung über das Jahr 1997 hinausgeht, von neuem. Eigentlich haben beide Seiten zur Regelung dieser Frage Ende Juni 1991 bereits ein Memorandum unterzeichnet (siehe dazu C.a. 1991/7, S.466 f), doch die bilateralen Konsultationen über die Abwicklung des Projekts wurden seit Oktober 1992 wegen der politischen Unstimmigkeiten abgebrochen. Um die Bauarbeiten voranzutreiben, hatte die Kolonialregierung im Januar ohne Rücksprache mit Beijing Mittelbewilligungen in Höhe von jeweils 1,67 Mrd.HK\$ und 4,6 Mrd.HK\$ beim Hongkonger Legislativrat (Parlament) beantragt. Außerdem ist Beijing nicht mit dem Plan der Hongkonger Regierung einverstanden, die Behörde für den Flughafenbau in eine Gesellschaft umzuwandeln, die anstelle der Regierung mehr Schulden als die im Memorandum vereinbarte Höchstgrenze für den Bau einer Schnellbahn zur Verbindung der Stadt mit dem Flughafen aufnehmen könne. Nach Berechnungen der chinesischen Seite werde die Kolonialregierung mit ihrem gegenwärtigen Flughafen-Finanzierungsplan 1997 Gesamtschulden in Höhe von über 45 Mrd.HK\$ hinterlassen - neunmal mehr als die im Memorandum vereinbarte Summe. Beijing warnte, es werde die einseitige Mittelgenehmigung und Schuldennahme der Kolonialregierung nicht mitverantworten. (DGB, 27.-30.1.94; XNA, 26.1.94)